



25. September 2021

## Aschaffener Erklärung – DAI fordert Bauministerium

Der Verband der Deutschen Architekten- und Ingenieurvereine e.V. DAI setzt sich seit seiner Gründung vor 150 Jahren für die Entwicklung der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen unserer Gesellschaft ein. Der Verband vernetzt dabei die planenden Berufe, um eine hochwertige technische und verkehrliche Infrastruktur, qualitätvolle Gebäude, eine nachhaltige und ökologische Ressourcenverwendung und einen lebenswerten öffentlichen Raum mitzugestalten.

An diesem Wochenende wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Führende Verbände der deutschen Wirtschaft haben die wichtigsten Aufgaben einer neuen Regierung benannt. Die Verbände und Berufsorganisationen der planenden und bauenden Berufe haben in verschiedenen Foren Lösungswege vorgestellt, die sich den drängenden Themen Bodenpolitik, Ressourcenverwendung, Klimawandel und Digitalisierung widmen.

Der DAI setzt sich ein:

- **für eine gerechte und nachhaltige Bodenpolitik.**  
Das Bündnis Bodenwende fordert gemeinsam mit dem DAI und führenden Organisationen, dass der Flächenverbrauch in der Stadt und auf dem Land deutlich beschränkt wird und bis 2050 in eine Kreislaufwirtschaft überführt wird. Die Ressource Boden muss der Spekulation entzogen werden und somit der Gemeinschaft in ausreichender Menge zur Gestaltung und Teilhabe erhalten bleiben.
- **für die Gestaltung klimagerechter Städte und Regionen.**  
Wir fordern die Gestaltung resilienter Städte, die besser mit den bereits eingetretenen Folgen des Klimawandels umgehen können. Zur verbesserten Haltung des Oberflächenwassers und Klimaregulierung sind Dachgärten zu fördern und Flächen zu entsiegeln. Der öffentliche Raum muss grüner und qualitätvoller werden.
- **für eine Klimaneutralität im Bauwesen.**  
Die Klimarunde-Bau hat sich mit den Bundesarchitekten- und Ingenieurkammern, den wichtigsten Bauindustrieverbänden selbst verpflichtet, eine Klimaneutralität für den Bausektor bis 2045 zu erreichen. Der DAI empfiehlt den Kommunen die zahlreichen Fachleute der planenden Berufe bei der Zielplanung einzubeziehen.
- **für ein digitales Planen und Bauen.**  
Die schnell voranschreitende Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt weiter verändern. Die Funktionen der Stadt müssen näher zusammenrücken, um einerseits den ausufernden Flächenverbrauch einzudämmen, den Individualverkehr zu reduzieren und flexibel nutzbare Strukturen zu ermöglichen. Die Kommunen sind aufgefordert diese Entwicklung durch Infrastrukturangebote zu unterstützen.
- **für eine starke öffentliche Bauverwaltung.**  
Die Entwicklung unserer Städte und Regionen zu einem nachhaltigen, sozialen und ökologischen Lebensraum ist eine Aufgabe, die insbesondere den Kommunen obliegt. Der DAI fordert seit Jahren die Stärkung der öffentlichen Verwaltung durch die qualifizierte Wiederbesetzung von vakanten Stellen und die Förderung von attraktiven Arbeitsplätzen.

Um das Grundbedürfnis auf Wohnen und den Anspruch auf eine lebenswerte Umgebung dauerhaft durchzusetzen, braucht es ein Bekenntnis zum Wert der Planung. Der DAI fordert daher die Politik auf, bei der anstehenden Regierungsbildung ein **eigenständiges Bauministerium** mit den genannten Aufgaben zu betrauen. Es geht um Wohnungsbau, öffentliche Verkehrsinfrastruktur, Bundesraumordnung u.v.m. – kurz: Die Gesamtverantwortlichkeit beim Planen und Bauen.